

Gemeinden starten Angriff auf Univertrag

Eine Initiative aus Rünenberg verlangt, dass Baselland den Vertrag mit Basel-Stadt kündigt. Die nötige Unterstützung ist realistisch.

Dimitri Hofer

Thomas Zumbrunn entschuldigt sich im Voraus. «Meine Ausführungen werden nun ausführlicher», sagt er zu den Stimmberechtigten im Dachstock des Gemeindehauses. Er hat vor, die Einwohnerinnen und Einwohner vom Ansinnen des Gemeinderats zu überzeugen.

Zumbrunn ist Gemeindepräsident von Rünenberg. Gemeinsam mit seinen Kolleginnen und Kollegen hat er eine Gemeindeinitiative lanciert, die ein neues Finanzierungsmodell für die Universität Basel verlangt. Baselland soll den Uni-Trägervertrag mit Basel-Stadt bis Ende 2027 kündigen und stattdessen einen interkantonalen Univertrag mit allen Schweizer Kantonen schliessen.

Genehmigen fünf Gemeindeversammlungen die Initiative, dürfte es im Baselbiet zur Volksabstimmung kommen. Deshalb hat Thomas Zumbrunn alle anderen 85 Gemeinden im Kanton Baselland angeschrieben. Nachdem Rümelingen bereits zugestimmt hat, ist die Reihe nun an Rünenberg, wo die Initiative herkommt. Dementsprechend legt sich der Gemeindepräsident ins Zeug.

60 Millionen Franken pro Jahr einsparen

«Der Kanton Baselland ist stark verschuldet», sagt Zumbrunn. Das aktuelle Entlastungspaket des Kantons, das für 2025 bis 2028 jährlich Einsparungen von rund 100 Millionen Franken vorsieht, lasse «grosse Brocken» unangetastet. Als solchen sieht der Rünenberger Gemeinderat den Vertrag über eine ge-



Die Gemeindeinitiative will die übrigen Kantone bei der Finanzierung der Universität Basel stärker zur Kasse bitten.

Bild: Mark Niedermann

«Diese Situation ist unhaltbar.»

Thomas Zumbrunn
Gemeinderat Rünenberg

meinsame Uni-Trägerschaft beider Basel aus dem Jahr 2007.

Heute bezahlen beide Basel pro Jahr durchschnittlich rund 70'000 Franken pro Studierenden, die übrigen Kantone und Liechtenstein 15'000 Franken. «Diese Situation ist unhaltbar», findet Zumbrunn. Baselland soll bei der Bundesversammlung einen Antrag stellen, der die übrigen Kantone zur Beteiligung an einem Univertrag verpflichtet. Wird der Antrag angenommen, rechnet der Rünenberger Gemeinderat mit jährlichen Einspa-

rungen von rund 60 Millionen Franken für den Kanton Basel-Stadt. Die Argumentation verfängt. Mit 38 Ja- zu 4 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung stimmt Rünenberg der Initiative des Gemeinderats deutlich zu.

Mit Rünenberg und Rümelingen hat die Initiative zwei von fünf notwendigen Gemeinden beisammen. Stand jetzt ist die Initiative in weiteren zehn Ortschaften an der Gemeindeversammlung traktandiert. Wie Thomas Zumbrunn im Anschluss an die Rünenberger Ge-

meindeversammlung erklärt, handelt es sich um Oltingen, Diepfingen, Grellingen, Zunzgen, Lampenberg, Bennwil, Hersberg, Wenslingen, Eptingen und Maisprach. Überall entscheiden die Stimmberechtigten im Verlauf des Juni.

Der Maispracher Gemeinderat empfiehlt die Gemeindeinitiative zur Ablehnung, während die Gemeinderäte der übrigen neun Gemeinden sie befürworten. In Maisprach habe man ausführlich über die Initiative diskutiert, wie Gemeindepräsident

Dorian Wernli erklärt: «Wir können dem Anliegen durchaus etwas abgewinnen, aber wir sehen da unseren Kanton und den Bund in der Pflicht.» Die Kündigung des Univertrags habe unvorhersehbare Konsequenzen für die Uni Basel und den Forschungsstandort.

Der Zunzger Gemeindepräsident Hansruedi Wüthrich sagt hingegen: «Wir heissen die Initiative gut, weil wir möchten, dass über die Unifinanzierung diskutiert wird. Es kann nicht sein, dass wir so viel Geld an die Uni Basel überweisen.» Durch die Initiative wäre es möglich, eine neue Lösung zu finden.

Kündigung des Univertrags als notwendiges Mittel

In vielen Gemeinden, vor allem in grösseren Ortschaften im Unterbaselbiet, kommt die Initiative nicht vor die Gemeindeversammlung, da der Gemeinderat sie ablehnt. «Die Mitteilung des Verbands Basellandschaftlicher Gemeinden (VBLG) hat Wirkung gezeigt», sagt Thomas Zumbrunn. Der VBLG hatte den Gemeinden empfohlen, die Initiative nicht zu unterstützen, und erklärt: «Finanzierungsfragen bei Hochschulen und Universitäten liegen nicht in der Kompetenz der Gemeinden.» Die SVP Baselland stärkt der Initiative hingegen den Rücken.

Thomas Zumbrunn zeigt sich zuversichtlich, mindestens fünf Gemeinden ins Boot zu holen. Eines ist ihm aber doch noch wichtig zu betonen: «Die Kündigung des Univertrags ist nicht das primäre Ziel, sondern ein notwendiger Schritt, um den Vertrag neu zu verhandeln und die übrigen Kantone einzubinden.»